

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration am Dienstag, dem 11.06.2024 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesenheit:CDU-Kreistagsfraktion

Bolte, Rainer
Danielczyk, Ralf
Egger, Hans-Peter
Haselkamp, Anneliese bis 18.55 Uhr
Klaus, Markus
Lütkecosmann, Josef
Merschhemke, Valentin bis 18.55 Uhr
Merten, Michael bis 19.10 Uhr
Selhorst, Angelika Vertretung
für Herrn Ludger Wobbe
Wenning, Thomas, Dr.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Oertel, Waltraud
Raack, Mareike
Vogelpohl, Norbert
Volkhardt, Lotte s.B.
Wewers, Isabelle s.B. Vertretung
für Herrn Rolf Wiederkehr

SPD-Kreistagsfraktion

Ley, Claudia
Postruschnik, Anja s.B.
Schäpers, Margarete Vorsitzende
Bukelis-Gaudenz, Tanja, Vertretung
für Herrn Hermann-Josef Vogt

FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine

UWG-Kreistagsfraktion

Kehrmann, Barbara s.B.

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Schmitz, Wilfried s.B., bis 19.10 Uhr

beratende Mitglieder

Bünder, Doris Teilhabebeirat

Vertreter der kath. Kirche als beratendes Mitglied

Helmich, Benedikt bis 18.50 Uhr

Vertreter der ev. Kirche als beratendes Mitglied

Hirse Korn, Dirk bis 19.00 Uhr

Vertretung der Verwaltung

Schütt, Detlef
Twilling, Gregor
Mohring, Wilfried
Thies, Bernd, TOP 1
Grams, Marion, zu TOP 6
Lange, Martina zu TOP 6
Schenk, Stefan zu TOP 6
Außendorf, Johanna (Schriftführung)
Schröer, Timo (Schriftführung)

Gäste (öffentlicher Teil)

Studiendirektorin Danner
stellv. Schulleiterin des Pictorius-Berufskollegs
Oberstudiendirektorin Dickamp
Schulleiterin des Richard-von-Weizsäcker-Berufskollegs
Sonderschulrektor Hessing
Schulleiter der Pestalozzischule
Sonderschulkonrektorin Loke
stellv. Schulleiterin der Pestalozzischule
Studiendirektor Nee
stellv. Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-
Berufskollegs
Oberstudiendirektor Schneider
Schulleiter des Pictorius-Berufskollegs
Studiendirektorin Tekstra
stellv. Schulleiterin des Richard-von-Weizsäcker-
Berufskollegs
Oberstudiendirektor Tews
Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-
Berufskollegs
Sonderschulrektorin Willems
Schulleiterin der Steverschule

Die Ausschussvorsitzende Margarete Schäpers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer. Als Zuhörer und Zuhörerinnen begrüßt sie die vor allem zu TOP 1 erschienenen Lehrerinnen und Lehrer aus den Kollegien der kreiseigenen Berufskollegs.

Sodann stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Auf Anfrage der Ausschussvorsitzenden, ob Anträge zur Tagesordnung bestehen, erklärt Ktabg. Vogelpohl, dass er den seitens seiner Fraktion gestellten Antrag zur Stärkung der Schul-IT vermisse. Dazu erläutert Dez. Schütt, dass der Antrag zuständigkeitshalber im Finanzausschuss thematisiert werde und diese Rückmeldung auch gegeben worden sei. Laut Ktabg. Vogelpohl habe er damit gerechnet, dass das Thema im Schulausschuss behandelt werde und lediglich den Hinweis auf den Finanzausschuss empfinde er als etwas schmal.

Vorgezogener Hinweis aus TOP 9 – Anfragen:

Gegen Ende der Sitzung stellt Dez. Schütt klar, dass laut seiner zwischenzeitlichen hausinternen Rückfrage eine Kommunikation zwischen Ktabg. Vogelpohl und dem Kreistagsbüro stattgefunden habe; seitens des Antragstellers sei demnach die ausschließliche Beratung im Finanzausschuss, Kreisausschuss und Kreistag per Mail für in Ordnung befunden worden.

Vor Beginn der Beratung der Tagesordnung erfolgt die Vereidigung der sachkundigen Bürgerin Frau Isabelle Wewers.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Umfassende Sanierung des Pictorius Berufskollegs
Vorlage: SV-10-1240
- 2 Bericht 2024 über die Schülerzahlprognose und die Raumbedarfsermittlung der Berufskollegs
Vorlage: SV-10-1218
- 3 Bericht über die Budgetierung der Berufskollegs des Kreises Coesfeld für das Jahr 2023
Vorlage: SV-10-1203
- 4 Umsetzung des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter
Vorlage: SV-10-1225
- 5 Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter
Vorlage: SV-10-1206

- 6 Ausländer im Sozialleistungsbezug – Arbeitsmarktzugang und Integration
Vorlage: SV-10-1214
- 7 Beschluss der Richtlinie zur Förderung von Qualifizierungs- und Sprachförderangeboten
Vorlage: SV-10-1219
- 8 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Im **nicht öffentlichen Teil** erfolgen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1240

Umfassende Sanierung des Pictorius Berufskollegs

Vors. Schäpers bittet Dez. Schütt um einleitende Worte zu diesem spannenden Tagesordnungspunkt. Dez. Schütt schlägt vor, zu dem zweigeteilten Beschluss a) Baumaßnahme und b) Erhaltung eines guten Bildungsangebotes, zunächst in die Beratung zu gehen und im Anschluss die Sitzung für maximal bis zu 30 Minuten zu unterbrechen. Die Unterbrechung könne von den im Publikum anwesenden Lehrerinnen und Lehrern der Kollegien des Pictorius-Berufskollegs und des Richard-von-Weizsäcker-Berufskollegs für Redebeiträge zum Thema genutzt werden.

Sodann gibt er das Wort an Herrn Thies, Architekt bei Abt. 20, der nach kurzer Vorstellung seiner Person, eine Präsentation zur geplanten umfassenden **Sanierung des Pictorius-Berufskollegs** vorstellt. Die Präsentation wird der Sitzungsniederschrift als Anlage beigelegt und wird über KIS-Session zur Verfügung gestellt.

Vors. Schäpers dankt Herrn Thies für den umfangreichen und detaillierten Bericht und eröffnet die Fragerunde.

Ktabg. Lütkecosmann bezieht sich auf die Angaben der Ausweitung der sonstigen Funktionsflächen sowie der bestehenden Werkstatt mit ca. 2.000 qm, die in den 70er Jahren benötigt wurden, und der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung der Schülerzahlen in den Vollzeitschulformen als auch in den diversen Formen der Metall-, Holz- und Elektro-Ausbildungsberufe sowie der Ausbildungsvorbereitung.

Er fragt, ob nicht der gesamte Werkstattbereich pädagogisch neu gedacht werden müsse und die Werkstatt in der Größenordnung nicht mehr erforderlich sei. Die Raumkapazität könne genutzt werden für multifunktionale Unterrichtsräume. Er halte ein eigenständiges Raumkonzept für jeden Ausbildungsberuf für nötig, da je nach Fachrichtung eine andere Raumsortierung erforderlich sei.

Herr Thies antwortet, dass die große Differenz in den Sonderflächen letztlich undifferenziert in der Gegenüberstellung von Bestand und Neubau sei; es werden keine Sonderflächen neu geschaffen, man müsse selbst schauen, was die Differenz ausmacht. Im Bestand seien viele Abstellflächen, die dann der Mitte zugeordnet waren.

Die Werkstätten selbst bleiben und werden weiter betrieben, wie sie sind. Nachher werde es nötig, das weiter genau zu betrachten, aber für die Studie wurde dies 1:1 übernommen.

Die Werkstätten waren Grundlage für die Machbarkeitsstudie, das betreffe auch die Pädagogik.

Mit Blick auf die Frage, wo wird welcher Zweig unterrichtet und der Anschlussfrage, wo sich eine Mitte bildet mit Clustern, werde ein Raumprogramm ausgearbeitet. In der Folge bedürfe es auch unterschiedlicher Raumprogramme bzw. Räume; das sei vom Architekten übertragen worden.

Gezeigt werden aktuell nur die pädagogischen Mitten – aber es gebe bereits eine Ausarbeitung.

Mitglied Volkhardt gibt an, von der Idee der Mittelflächen fasziniert zu sein und fragt, wo eine Materiallagerung vorgenommen würde. Herr Thies verweist zum einen auf noch vorhandene Abstellflächen im Bestand sowie auf die fortschreitende Digitalisierung, die Materiallagerungen vielfach unnötig machten.

Ktabg. Vogelpohl erkundigt sich, inwiefern die in der Sitzungsvorlage dargestellte unzureichende Raumhöhe zu Problemen führen könnten, auch in Bezug zum Raumvolumen im Vergleich zu den Schülerinnen und Schülern und einem damit etwaig verbundenen Lüftungsproblem. Laut Herrn Thies

werden die vorgeschriebenen Raumhöhen grundsätzlich erreicht, es besteht insofern kein Defizit. Allein wegen des Lichts wären höhere Räume schöner, aber die Vorschriften würden beachtet und die Raumhöhe sei auskömmlich.

Die Frage von Mitglied Bündler, ob die Anforderungen an die Inklusion beachtet wurden und die Barrierefreiheit beachtet würde, wird von Herrn Thies bejaht. Es sei anhand einer Liste betrachtet worden, was alles benötigt wird.

Ktabg. Lütkecosmanns Frage an die Verwaltung nach einer nachvollziehbaren Schülerzahlprognose mit Raumbedarfsermittlung wird von Dez. Schütt dergestalt beantwortet, dass dies seitens der Fachplanerin mit der Status-Quo-Prognose unter Berücksichtigung aller Unwägbarkeiten und Unsicherheiten Berücksichtigung gefunden habe. Die Zahl 1.500 in 2034 könne unterstrichen werden.

Da zur Baumaßnahme keine weiteren Fragen gestellt werden, leitet Dez. Schütt zum Thema der möglichen Änderungen bei den **Bildungsgängen zur Erhaltung eines guten Bildungsangebotes** über. Dez. Schütt skizziert im Wesentlichen die Ausführungen der Sitzungsvorlage und trägt ergänzend Zahlen zu den in Rede stehenden Bildungsgängen vor, wie sie auch kürzlich den Fraktionsvorsitzenden übersandt worden sind.

Für den Bildungsgang Versorgungstechnik lauten die Zahlen:

- für das Pictorius: 14 in 22/23 und 12 in 23/24 – somit jeweils unter 16
- für das RvW-BK: 21 in 22/23 und 19 in 23/23 – also ebenfalls knapp

Für den Bildungsgang der Elektrotechnik

- für das Pictorius: 19 in 22/23 und 20 in 23/24
- für das RvW hingegen einiges mehr (32 und 33)

Dez. Schütt teilt mit, dass für den 01.07.2024 mit allen Institutionen noch die weitere Vorgehensweise besprochen werden soll, um eine Akzeptanz zu schaffen, wie eine Anzahl von Schülerinnen und Schülern (SuS) von über 16 erreicht werden kann. Mit Erreichen dieser Zahl wäre für die nächsten drei Jahre eine ausreichende Anzahl erreicht, so dass Ruhe in die Problematik einkehren könne. Aber man dürfe nicht nur anhand der SuS-Zahlen schauen; wichtig seien ferner die Lehrerversorgung und die Investitionsnotwendigkeiten.

Die anschließende umfangreiche Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Ktabg. Lütkecosmann konstatiert, dass mit der aktuellen Sitzungsvorlage mehrere Sachverhalte zu beurteilen seien, der Unterricht von vielen Kriterien abhängig sei und nicht durch ein neues Gebäude automatisch besser werde. Zudem, und das habe die Vergangenheit bei anderen Bildungsgängen gezeigt, sei für die Berufswahl der Weg zur Berufsschule nicht das alleinige Kriterium.

Für ein zukunftsfähiges System sei neben der Ertüchtigung des Gebäudes auch die Ertüchtigung im pädagogischen Bereich enorm wichtig. Die Gesamtdiskussion müsse ohne Scheuklappen geführt werden. Würden an zwei Standorten gleiche Bildungsgänge mit hohem Investitionsbedarf geführt, wie ihn seines Erachtens die Elektrotechnik mit teuren Laborräumen, deren Ausstattung mehrere 100.000 € kosteten, müsse man die Frage stellen, ob man sich das leisten wolle und ob das verantwortbar sei. Erklärtes Ziel der nun angestoßenen Diskussion sei ein Ergebnis, welches den Schulen und Auszubildenden gerecht wird, bei bestmöglicher Qualität, und dafür stehe die CDU-Kreistagsfraktion zur Verfügung.

Ktabg. Vogelpohl weist mit Beispielen aus der Vergangenheit darauf hin, dass eine Diskussion zur Zusammenlegung von Bildungsgängen nicht zum ersten Mal geführt werde. Die Frage der Prüfung als solche sei seines Erachtens nicht zu kritisieren und in der Sitzungsvorlage auch im Entscheidungsprozess dargestellt, allerdings sei nicht nachvollziehbar, warum bestimmte Entscheidungen so getroffen

worden sind. Die vorgenannten belastbaren Zahlen habe er erst am Vortag erhalten. Er halte es für unklug, anhand einer Stichtagsbetrachtung unter Ausblendung der Entwicklungsdynamik solche Entscheidungen zu treffen. Da eine Verfeinerung des Beschlussvorschlags zu Punkt 3 schwierig sei, sollte er vollständig gestrichen werden.

Mitglied Kehrmann bezieht sich auf den seitens der UWG-Kreistagsfraktion eingereichten Antrag und unterstützt den Antrag auf Streichung des Beschlussvorschlags zu Punkt 3, um weiterhin ergebnisoffen prüfen zu können. Sie führt aus, dass eine Zusammenlegung von Bildungsgängen gut klinge, aber im großen Kreis eine Milchmädchenrechnung sei; im realen Leben kämen ihres Erachtens höchstens 25 von 50 Auszubildenden aus dem Südkreis in Coesfeld an. Auszubildende seien ein hohes Gut mit vielen Entscheidungsmöglichkeiten. Ein Betrieb, von dem aus sie 1,5 Stunden zur Berufsschule müssten, würde abgelehnt. Zusammenlegungen hätten gravierende Auswirkungen auf Betriebe und Auszubildende, Wohnortnähe müsse geschaffen werden. Somit sei weiter ergebnisoffen zu prüfen.

Ktabg. Schäfer möchte weiterhin die dynamische Entwicklung im Blick behalten und weiterhin eine ergebnisoffene Diskussion führen.

Ktabg. Bukelis-Gaudenz betont die Unterstützung der Sanierung durch die SPD-Kreistagsfraktion. Auch die pädagogische Ausrichtung sei besonders wichtig und müsse als offener Dialog weiter geführt werden.

Dez. Schütt erläutert zu Punkt 3 des Beschlussvorschlags, dass dort stehe, was jedes Jahr für die Schulentwicklungsplanung zu tun sei. Man wolle keine Tür zuschlagen, sondern genau hinschauen. Bei einer Unterfrequenz von drei Jahren ginge es nicht mehr darum, was wir tun, sondern wohin man ggf. gedrängt werde. Da die Minderfrequenz aber nun da sei, müsse es Ziel sein, die Betriebe nochmal anzusprechen; insofern umfasse der Beschlussvorschlag zu Punkt 3 alles Wichtige.

Vors. Schäpers **unterbricht die Sitzung** und eröffnet die Möglichkeit für Redebeiträge der im Publikum vertretenen Lehrerinnen und Lehrer.

OStD Schneider dankt der Verwaltung für die frühzeitige Aufnahme der Gespräche, welche Bildungsgänge es zu untersuchen gelte und wo hohe Investitionskosten zu erwarten seien.

Er skizziert den bisherigen Verlauf in der Entscheidungsfindung, bei der der Fokus nunmehr nicht mehr auf die Holztechnik, sondern auf die Elektrotechnik und die Versorger gerichtet sei.

Er schildert seine – in drei Ebenen aufgeteilte – Position und Verantwortung, und zwar, -als Schulleiter, als Schulleiter im Verbund mit den Schulleitungen der weiteren Berufskollegs sowie als Politiker, mit Blick auf die Finanzen und auf ein attraktives Bildungsangebot. Eine im Laufe der Diskussion angesprochene vermeintliche Lehrerübersorgung existiere nur auf dem Papier. Zugleich betont er, dass sich die Schulleitungen der Berufskollegs den bildungspolitischen Entschlüssen nicht entgegenstellen würden.

OStD'in Dickamp ergänzt, sich den vorherigen Ausführungen von Dez. Schütt anzuschließen und froh über den für den 01.07.2024 geplanten Austausch zu sein. Es werde gemeinsam eine Diskussion angestoßen, die die Berufskollegs nicht entscheiden müssten, es aber im Blick haben, wenn etwas minderfrequent läuft und zugleich bemüht sind, ein breites Angebot vorzuhalten. Sie haben die Schülerschaft im Blick und seien hochmotiviert, auch kreative Lösungen zu finden.

Herr Wienken, meldet sich zu Wort und berichtet, dass er in seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter technischer Bereich am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg viele verschiedene Berufe zu koordinieren habe.

Er habe mit Blick auf die Wohnorte der Auszubildenden ermittelt, dass ungefähr 42 % der Auszubildenden Schwierigkeiten hätten, die Berufsschule in Coesfeld zu erreichen. Das werde umgekehrt sicherlich auch so sein. Diese Feststellungen treffe er jedoch nicht aus Eigennutz, sondern vor dem Hintergrund, dass man die Betriebe im Blick habe müsse, die berechtigte Sorgen hätten, keine weiteren Auszubildende zu bekommen. Daher stelle er die Frage, warum man nicht in Dülmen ein Bildungszentrum baut. Die Schülerinnen und Schüler könnten mit dem Zug anreisen; zudem verweist er auf die Autobahnanbindung.

Dez. Schütt antwortet, dass bereits zu Beginn der Machbarkeitsstudie festgelegt worden sei, dass weiterhin an einer dezentralen Lösung festgehalten werde. Man habe selbst Untersuchungen mit dieser Fragestellung angestellt und sei zu dem Schluss gekommen, dass anderenfalls auch SuS nicht ankämen; insofern betrachte er die Annahme als falsch. Das große Bildungsangebot an den verschiedenen Standorten solle aufrechterhalten werden, welche auch von SuS aus Regionen außerhalb des Kreises Coesfeld gespeist werde; ansonsten verlöre man an den Rändern. Die festen Strukturen seien vorhanden und würden auch von der Wirtschaft unterstützt; eine Zentralisierung nach Dülmen wäre kontraproduktiv.

Herr Hemling, Fachkonferenzvorsitzender Elektrotechnik am Pictorius-Berufskolleg führt aus, dass die Schule in den letzten Jahren gut, u.a. auch durch den Digitalpakt, ausgestattet worden sei. Viele Sachen könnten labortechnisch unterstützt werden und es werde wenig Geld gebraucht. Als einen weiteren wichtigen Teil bewertet er mehrere Bildungsgänge in unterschiedlichen Anlagen. Mit Hilfe der Lehrer, angehenden Lehrer, Referendare und Quereinsteiger habe man viele gute Lehrende ausgebildet. Dadurch würden gute Fachkräfte in die Industrie und in die Selbständigkeit geleitet; was man damit geschaffen habe, müsse erhalten und weiter genutzt werden.

Ktabg. Schäfer fragt, was passiere, wenn die einzige Lehrkraft einer Fakultä wegbricht und wie schnell eine Nachbesetzung realisierbar sei. OStD Schneider antwortet, dass man dadurch nicht sofort SuS verlieren würde; in einem solchen Fall sei es üblich und gute gelebte Praxis, dass die Berufskollegs sich gegenseitig helfen und untereinander Lehrkräfte tauschen. Dieser Tausch müsse der Bezirksregierung Münster lediglich zeitnah gemeldet werden.

Nach einer Unterbrechung von 25 Minuten setzt **Vors. Schäpers die Sitzung um 18.20 Uhr fort.**

Sie stellt fest, dass zunächst darüber abzustimmen sei, ob der Beschlussvorlag zu 3 gemäß Anträge der UWG-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN gestrichen werde.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag Nr. 3 der Sitzungsvorlage wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5

Nein: 16

Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt Vors. Schäpers über die drei Punkte des Beschlussvorschlags einzeln abstimmen.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der bisherigen Vorstudie des Büros Farwick und Grote die bisherigen Planungen für eine grundlegende Sanierung des Bestandsgebäudes ggf. mit einem Erweiterungsbau des Pictorius-Berufskollegs am Standort Coesfeld zu konkretisieren und alle für die Umsetzung erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen bis zur Fassung des endgültigen Baubeschlusses zu treffen.
2. Die für die Planungen und spätere Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel werden zunächst auf der Grundlage des in der Machbarkeitsstudie zugrunde gelegten Kostenrahmens in den Haushaltsjahren 2025 ff. veranschlagt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für den Erhalt des guten Bildungsangebots im Kreis Coesfeld einzusetzen.

Eine eventuell notwendige Bündelung von Ausbildungsgängen wird weiter sorgfältig geprüft und zu gegebener Zeit dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt. Die am Bildungsangebot beteiligten Institutionen einschließlich der Städte und Gemeinden werden in den Prozess einbezogen.

Abstimmungsergebnis:

Zu Punkt 1:

Ja:	22
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu Punkt 2:

Ja:	22
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu Punkt 3:

Ja:	16
Nein:	1
Enthaltung:	5

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1218

Bericht 2024 über die Schülerzahlprognose und die Raumbedarfsermittlung der Berufskollegs

Dez. Schütt skizziert kurz die Ausführungen der Sitzungsvorlage.

Ktabg. Vogelpohl merkt an, dass seit Jahr und Tag auf diese Art und Weise eine schlanke Schulentwicklungsplanung betrieben werde. Seine Recherche, was sonst an entsprechenden Publikationen in NRW im kreisfreien und im kreisangehörigen Raum zu finden sei, habe umfangreiche Werke mit 200 Seiten und mehr ergeben, deren Steuerungsrelevanz sich nicht zeige.

Die Art und Weise, wie sie der Kreis Coesfeld betreibt, zeige eine sehr ökonomische und kommunalfreundliche Erfüllung dieser Pflichtaufgabe; das sollte den Bürgermeistern gerne auch so mal mitgeteilt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1203

Bericht über die Budgetierung der Berufskollegs des Kreises Coesfeld für das Jahr 2023

Dez. Schütt zeigt auf, dass die Ausführungen der Sitzungsvorlage selbsterklärend sind und das Volumen der nicht verbrauchten Mittel nicht wesentlich von den Vorjahren abweicht.

Ktabg. Vogelpohl zeigt sich über die Höhe der nicht verbrauchten Mittel irritiert und fragt nach deren Verwendung im aktuellen Jahr. Dazu erläutert StD´in Tekstra, dass am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg derzeit auch eine große Baumaßnahme durchgeführt werde. Die eingesparten Mittel in Höhe von rd. 177.000 seien zum großen Teil z.B. bereits durch einen Großauftrag zur Erneuerung der Elektrotechnik gebunden.

Ktabg. Lütkecosmann fragt, ob mit Blick auf die Maßnahmen am Pictorius-Berufskolleg auch Ansparrungen über mehrere Jahre vorgenommen werden könnten. AL Twilling bestätigt, dass das haushaltsrechtlich aufgrund der bestehenden Budgetvereinbarung möglich sei.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1225

Umsetzung des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter

Das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) sieht vor, dass ab dem 01.08.2026 zunächst alle Erstklässler/innen einen Anspruch auf ganztägige Förderung erhalten. Dieser Anspruch wird dann jährlich um eine Klassenstufe ausgeweitet, sodass 2029 ein Anspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschulkinder in den Klassen 1 bis 4 bestehen soll.

Dezernent Schütt erklärt, dass es bisher an verbindlichen Vorgaben der Landesregierung zu baulichen und räumlichen Standards sowie zur Qualifikation des Personals fehle. Aus diesem Grund habe im Kreis Coesfeld eine Unterarbeitsgruppe des Arbeitskreises der Schulträger mit dem Regionalen Bildungsbüro und dem Kreisjugendamt einen Orientierungsrahmen „Raum für Ganzttag“ erarbeitet. Der Orientierungsrahmen wurde der Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt.

Ktabg. Lütkecosmann äußert im Namen der CDU-Kreistagsfraktion Unterstützung für den OGS Orientierungsrahmen.

Ktabg. Schäfer erklärt, dass der Orientierungsrahmen grundsätzlich zu begrüßen sei, jedoch zu viele Konjunktive enthalte. Stattdessen hätte ein gemeinsamer Mindeststandard definiert werden sollen. Zum Thema multifunktionelle Nutzung von Schulräumen führt Frau Schäfer aus, dass dies bereits gelebte Praxis in den Schulen sei, da dies seit Jahren notwendig sei um den Schulalltag zu organisieren. Außerdem seien die Förderschulen in dem Orientierungsrahmen nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Förderschulen müssten bei der Planung des Ganztages unbedingt berücksichtigt werden. Mitglied Volkhardt hält den Orientierungsrahmen für sehr gelungen. Sie regt an, eine Checkliste zu erstellen, anhand derer die einzelnen Punkte abgearbeitet werden können. Außerdem unterstützt sie die Forderung, dass Förderschulen noch stärker in den Ganztagskonzepten berücksichtigt werden müssten.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-1206

Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter

Dezernent Schütt erläutert in aller Kürze die aktuellen Zahlen zur Situation der Geflüchteten im Kreis Coesfeld im Bezug von AsylbLG - und SGB II – Leistungen.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-1214

Ausländer im Sozialleistungsbezug – Arbeitsmarktzugang und Integration

Frau Lange, Fachdienstleitung der Ausländerbehörde und Herr Schenk, Leitung der Abteilung Soziales und Jobcenter, stellen ausländer- und sozialrechtliche Informationen zum Arbeitsmarktzugang und zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kreis Coesfeld vor.

Frau Grams, Fachdienstleitung Kommunales Integrationsmanagement, ergänzt die Präsentation um ein Fallbeispiel aus dem Case Management.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Ausschussvorsitzende Schäpers bedankt sich anschließend bei den Referent/innen für ihre Arbeit und die Bereitschaft, den Bericht aufgrund der fortgeschrittenen Zeit etwas kürzer zu halten.

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-1219

Beschluss der Richtlinie zur Förderung von Qualifizierungs- und Sprachförderangeboten

Dezernent Schütt erläutert kurz die Entstehungsgeschichte der zur Abstimmung stehenden Sprachförderrichtlinie. Die vom BAMF organisierten Sprachkurse reichten nicht aus, um eine flächendeckende Sprachförderung im Kreis Coesfeld anbieten zu können. Trotz der starken Ausweitung der BAMF-Kurse bestehe weiterhin ein Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten zum Spracherwerb. Über die Sprachförderrichtlinie sollten flexible und niedrigschwellige Angebote vor Ort pilothaft finanziert werden, um die Sprachkurslandschaft im Kreis Coesfeld zu erweitern.

Mitglied Volkhardt fragt, ob es überhaupt genügend qualifiziertes Personal für weitere Kurse gebe.

Dezernent Schütt antwortet, dass die Anforderungen geringer seien als bei den BAMF-Kursen. Man sei optimistisch, dass ausreichend Dozent/innen vorhanden seien und die Mittel sinnvoll verwendet werden könnten.

Ktabg. Lütkecosmann fragt, ob alle geförderten Maßnahmen vom KI initiiert werden müssten.

Dezernent Schütt verneint dies. Lediglich 10.000 € seien für Maßnahmen des KI vorgesehen, die restlichen Mittel könnten von den Akteuren vor Ort beantragt werden.

Ausschussvorsitzende Schäpers lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die als Anlage 1 beigefügte Richtlinie zur Förderung von Qualifizierungs- und Sprachförderangeboten, die basierend auf der im Sommer 2023 durchgeführten Bestands- und Bedarfsanalyse der kreisweiten Sprachkursangebote entwickelt wurde, wird beschlossen und die Verwaltung beauftragt, diese umzusetzen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 öffentlicher Teil**Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Dez. Schütt teilt mit:

1. Übersicht der Maßnahmen/ Projekte/ Aktionen für Demokratiebildung, Europafähigkeit/ gegen Rechtsradikalismus und Nationalsozialismus

Die in der Anlage beigefügten Übersichten der Maßnahmen/ Projekte/ Aktionen für Demokratiebildung, Europafähigkeit/ gegen Rechtsradikalismus und Nationalsozialismus, werden den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration zur Kenntnis gegeben.

2. Förderschule Bischöfliche Stiftung Haus Hall – Finanzierung eines Erweiterungsbaus

Das Schulgebäude der Förderschule Haus Hall in Gescher, welches ursprünglich aus den 1960er Jahren stammt, wurde in 2014 teilweise abgerissen und ebenso wie die zugehörige Sporthalle neu errichtet. Seinerzeit wurde der Ersatzneubau bewusst vor dem Hintergrund der unwägbareren Perspektiven durch schulische Inklusion auf 150 Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Inzwischen sind die Schülerzahlen von 189 Schülerinnen und Schülern auf 251 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2023/2024 gestiegen. Die Bischöfliche Stiftung Haus Hall geht auch perspektivisch von diesen hohen Schülerzahlen aus und hat dementsprechend mit Schreiben vom 04.01.2023 ihre Planungen für einen Erweiterungsbau benannt und einen Finanzausschuss bei den Kreisen Coesfeld und Borken beantragt. In der Kreistagssitzung vom 19.04.2023 (SV-10-0803) wurde die Finanzierungsbeteiligung des Kreises Coesfeld beschlossen. Auch der Kreis Borken hat einen entsprechenden Beschluss gefasst.

In einem gemeinsamen Erörterungstermin wurden die Kreise Coesfeld und Borken von der Stiftung Haus Hall über die konkrete Umsetzungsplanung und die aktuellen Kostenentwicklungen informiert. Hiernach wurden notwendige Abrissarbeiten im Dezember 2023 abgeschlossen. Aufgrund des regnerischen Jahresbeginns musste dann jedoch der Baubeginn für das Neubauvorhaben auf Ende April 2024 verschoben werden, so dass die Fertigstellung der Baumaßnahme erst für die Herbstferien prognostiziert wird. Ursprünglich war eine Inbetriebnahme für den Schuljahresbeginn angestrebt worden.

Weiterhin wurde dargestellt, dass das geplante Kostenvolumen von insgesamt 4.315.478,09 € nicht einzuhalten ist. Trotz aufgezeigter Ausschöpfung von baulichen Einsparpotentialen (Flachdach anstelle Satteldach u. a.), ist von deutlichen Mehrkosten von circa 650.000,00 € auszugehen. Der Stiftungsrat hat beschlossen, den zu tragenden Eigenanteil, der in den politischen Beschlüssen der Kreise mit 10 Prozent fixiert worden war, entsprechend zu erhöhen.

TOP 9 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Ktabg. Schäfer berichtet davon, dass sie am 11.06. einen Sprachmittlereinsatz beim KI angefragt habe. Sie habe die Antwort erhalten, dass im Monat Juni keine weiteren Einsätze mehr möglich sein. Sie sei überrascht darüber gewesen, da dies zuvor noch nie passiert sei und wünscht sich eine Auskunft, warum von Seiten der Verwaltung so verfahren wird.

Dezernent Schütt erläutert, dass für den Sprachmittlerpool ein begrenztes Budget in Höhe von 150.000 € jährlich zur Verfügung stehe. In der Vergangenheit seien durch zusätzliche Mittel aus der Integrationspauschale enorm hohe Standards geschaffen worden, die nun nicht mehr einzuhalten seien. Im Vergleich zu den anderen Kreisen sei der Sprachmittlerpool im Kreis Coesfeld finanziell weiterhin sehr gut ausgestattet. Die begrenzten Mittel machten jedoch eine gewisse Budgetierung erforderlich, damit über das gesamte Jahr gleichmäßig Leistungen angeboten werden könnten.

Herr Schröer, Mitarbeiter im Kommunalen Integrationszentrum, ergänzt, dass diese Budgetierung aktuell durch eine Einsatzobergrenze von 150 pro Monat erfolge. Dies sei erforderlich, um auch am Ende des Jahres noch Sprachmittlereinsätze anbieten zu können.